

Werner Sonne

JOURNALISTEN LIEBEN KRISEN

Aber sie springen nicht über jedes Stöckchen

Journalisten lieben Krisen – so einfach ist das. Und wer in diesem Gewerbe arbeitet und etwas anderes behauptet, der ist ein Heuchler.

Oder, wie ein Mann von der Washington Post einmal erklärte: „Die Washington Post berichtet nicht über Züge, die pünktlich ankommen“. Der Alltag, auch der eines Parlaments, die Mühen der Ebene, das kommt zwar auch vor, aber der Sex appeal bei der Beschreibung für die Journalisten und ihre Kunden, die Leser und Zuschauer, hält sich doch in engen Grenzen. Machen Sie sich da nichts vor.

Hat ein Vorgang erst mal das Label „Krise“, dann kommen die Medien deutlich schneller in Wallung, dann setzt sich der Apparat oftmals allzu hektisch in Bewegung. Die Krise ist, zugespitzt, sozusagen des Journalisten liebstes Kind, das Salz in der Suppe, sie rettet ihn vor der mühevollen Beschäftigung mit den oftmals komplexen Inhalten des politischen Prozesses, der ja nicht nur nach Max Webers Beschreibung das langwierige Bohren dicker Bretter bedeutet. Lieber stellt er die aufgeregte Diskussion darüber dar, und wenn es schon keine Krise gibt, dann doch wenigstens eine handfesten Streit. Dabei gerät allzu leicht aus dem Blick, dass die strittige Auseinandersetzung über Inhalte zum Kerngeschäft in unserer Demokratie gehört.

Beschäftigen wir uns einmal mit der Frage: Was ist eigentlich eine Krise?

Ich habe keine wissenschaftlichen Werke gewälzt, sondern versucht, eine eigene Definition zu finden. Etwa so: Eine Krise ist eine Situation, die dazu führen könnte, dass eine bislang stabil erscheinende Lage sich grundsätzlich verändert und dabei unter Umständen auch die Existenz gefährdet wird. Das kann für Einzelne, das kann aber auch für ein ganzes Gemeinwesen gelten, für eine Regierung, für eine Partei, für ein ganzes Land.

Oder, weniger kompliziert ausgedrückt, eine Krise ist, wenn hinterher möglicherweise alles ganz anders ist als vorher.

Und wenn Sie wissen wollen, wie sich eine Krise anfühlt, wie sie auf uns wirkt, dann schauen Sie sich jetzt einfach mal um, sehen Sie Ihren Nachbarn, Ihre Nachbarin an, Sie alle, wir alle, sind gerade in diesem Haus, in dem Sie, die Macher und Begleiter der Politik ein- und ausgehen, wir alle sind mitten drin im Epizentrum einer Krise, denn wie hier in diesen Tagen übereinander geredet wird, öffentlich und vor allem in und hinter den Kulissen, das gäbe genügend Stoff nicht nur für eine, sondern für eine ganze Serie von Krisen. Gurkentruppe und Wildsau, das ist verbal nur die Spitze des Eisbergs. Verzweifelt, selbstzerstörend, zum Heulen, das sind Stichworte, die man in dieser Woche in den Gängen hört, wenn Abgeordnete aus dem Regierungslager die eigene Situation beschreiben. Das Thema für Ihre heutige Tagung hätte also besser nicht gewählt werden können – Sie erleben sozusagen live und in Farbe mit, was eine politische Krise ist – die Krise einer Koalition, die eine kaum noch zu kontrollierende Dynamik hat, eine Dynamik, die sich zum Teil beinahe stündlich ändert und uns Journalisten abverlangt, das wir sie immer neu bewerten müssen – keine einfache Aufgabe gerade für uns bei den elektronischen Medien, denn wir senden den ganzen Tag über im Stundentakt, und was am Morgen noch stimmte, stellt sich am späten Abend schon wieder ganz anders da. Sicherlich ist das die eigentliche Herausforderung für uns Journalisten: das richtige Maß bei der Bewertung einer Krise zu finden.

Insoweit sage ich noch einmal: Journalisten lieben zwar Krisen, und gerade jetzt geht es uns insoweit besonders gut. Und nehmen Sie als Politiker das Wort Krise in den Mund, dann dürfen Sie erst einmal auf verstärkte Aufmerksamkeit rechnen. Dabei ist aber gerade die Krise ein verderbliches Gut. Und Krisen können inflationär werden.

Ein einfaches Beispiel: Bei uns in den Toiletten im ARD-Hauptstadtstudio hängen gleich zwei Anleitungen, wie man sich die Hände richtig wäscht, und neben dem normalen Seifenspender hängt noch ein Verteiler für ein Desinfektionsmittel für die Hände – Folge natürlich einer Krise, an die wir uns kaum noch erinnern.

Ein paar Stichworte: BSE, Vogelgrippe, Schweinegrippe – was haben wir uns alle überschlagen, von Mexiko bis Tokio liefen die Menschen mit Mundschutz

herum, Pandemie, Schulschließungen, Massenimpfungen ja oder nein, jedenfalls: Krise, Krise, Krise – tagelang, wochenlang. Und am Ende standen da ein paar kleinlaute Wissenschaftler und Politiker, auch in unserem Studio, und wussten es auch nicht so genau, was nun richtig, was falsch ist, und was man nun mit dem ganzen überflüssigen Impfstoff machen sollte.

Ich sage nicht, dass diese Vorsichtsmassnahmen falsch waren, ich sage nur noch einmal: die Krise ist oft ein sehr verderbliches Gut. Statt von Krise reden wir Journalisten ja auch oft von der Sau, die gerade wieder mal durchs Dorf getrieben wird. Und diese Säue laufen buchstäblich im Schweinsgalopp. Die Halbwertszeit von Krisen ist sehr gering, und erfahrene Politiker wissen das natürlich auch.

Eine klassische Krise kommt, baut sich auf, bleibt einige, allerdings entscheidende Tage auf ihrem Scheitelpunkt, bei den Medien Tage voller Dynamik, Hektik, bei den Betroffenen oft auch Tage der Panik, und ganz oft, zumindest bei einem klassischen Verlauf, verschwindet sie auch wieder fast genauso schnell, wie sie gekommen ist, und nach nur wenigen Tagen reibt man sich die Augen und fragt sich verwundert: Um was genau ging es eigentlich dabei? Nur ein Beispiel: nehmen wir den Fall Guttenberg und den Kunduz-Untersuchungsausschuss. Was haben sich alle erregt, die Politiker, die Medien, wie gross war der Hype, wie viele Kameras standen vor dem Sitzungssaal herum, wie oft wurde wiedergekaut, wie oft wurde geschrieben, wie oft wurde gesendet, der Minister käme aber jetzt ganz, ganz doll unter Druck, sein Rücktritt sei nur noch eine Frage der Zeit. Dann kam endlich der Tag seiner Aussage, und bitte sehr, wir könnten jetzt mal einen Selbst-Test durchführen und fragen: Was war der Kern der Vorwürfe? Und wen genau interessiert das eigentlich heute noch?

Die gefühlte Temperatur ist natürlich, dass die Geschwindigkeit beim Auftauchen von Krisen immer hektischer wird – bis zu einem Punkt, wo man schon beginnt, abzustumpfen.

Wie will man denn überhaupt noch toppen, was wir in anderthalb Jahren, verstärkt aber in den letzten Monaten erlebt haben? Erst eine Bankenkrise, die die Gefahr in sich trug, zur Weltwirtschaftskrise zu werden, dann eine Griechenlandkrise, dann eine Europakrise, in der wir immer noch mitten drin sind. Regierungen, auch die deutsche, jonglieren mit Zahlen, die so

unvorstellbar sind, dass es einen eigentlich schwindeln müsste, und inzwischen zucken wir kaum noch, wenn wieder irgendein Milliardenpaket durch gewunken wird.

Gehen wir kurz auf einen in der Politik beliebten Vorwurf ein:

Die Medien machen die Krise erst.

Dieser Vorwurf ist beinahe so alt, wie es Krisen gibt. Er ist natürlich deutlich zu kurz gesprungen. Es ist gar keine Frage, dass wir oft die Lautsprecher und in manchen Fällen vielleicht auch die Beförderer einer krisenhaften Entwicklung sind. Die Verursacher freilich sind wir in aller Regel nicht. Nicht wir machen politische Krisen, das machen die Politiker immer noch selber. Wo es keinen Anlass gibt, lässt sich auch keine Krise künstlich herbei schreiben oder herbei senden. Und das gilt auch dann, wenn Medien einen Sachverhalt durch ihre eigenen Recherchen aufdecken, der dann möglicherweise zu einer heftigen Krise führt. Die kritische, aufklärerische Recherche, das Den-Mächtigen-auf-die-Finger-schauen gehört zu den wichtigen, ja den unverzichtbaren Aufgaben der Medien.

Ich hoffe, ich habe ausreichend selbstkritisch darüber reflektiert, dass wir Journalisten uns in und mit Krisenzeiten nicht unwohl fühlen. Eine Bande verantwortungsloser, ethikfreier, entfesselter Wegelagerer der Politik sind wir freilich nicht.

Ein verantwortungsbewusster Journalist wird nicht gleich über jedes Stöckchen springen, das ihm hingehalten wird. Er wird seine Erfahrung einbringen, und er wird andere Quellen aufsuchen, um zu überprüfen: Was ist wirklich dran an dieser vermeintlichen Krise? Politik ist ja immer auch interessengeleitet. Und natürlich ist es für den politischen Gegner allzu verlockend, den so strapazierten Begriff von der Krise zu nutzen.

Wo Rauch ist, da ist auch Feuer. Auch dieser Satz ist schlicht, und dennoch richtig. Und wir haben sehr effektive Rauchmelder. Wir bei der ARD in Berlin verfügen über eine große Zahl erfahrener Journalisten. Im ARD-Hauptstadtstudio arbeiten für Hörfunk und Fernsehen an die siebzig Journalisten, das ist eine stattliche Zahl, die meisten sind im übrigen beim Radio und bedienen dort die 55 Hörfunkwellen der ARD. Unsere Korrespondenten müssen natürlich auch breit aufgestellt sein, aber die meisten

haben doch auch fest zugewiesene Beobachtungsfelder, sie sind zumeist ausgesprochen sattelfeste Experten auf ihren Feldern, sie halten engen Kontakt mit den Machern auf diesen Feldern, sind ständig in Bewegung, bleiben dicht dran.

Kommt es zu krisenhaften Entwicklungen, dann sind wir in der Lage, sehr schnell zu reagieren. Die Infrastruktur steht im Prinzip, oder sie wird in kurzer Zeit ergänzt, so dass wir auch zu Sonderanstrengungen wie etwa einem „Brennpunkt“ oder zu anderen, angemessenen Sendeformen in der Lage sind. Das konnten Sie in den letzten Tagen und Wochen immer wieder beobachten. Gerade in Krisenzeiten, und entschuldigen Sie bitte, wenn ich hier „pro domo“ spreche, bewährt sich das öffentlich-rechtliche System. Es ist das Medium, dem sich die Menschen anvertrauen, wenn es um die schnelle Darstellung und die Analyse von Krisensituationen geht, sie bescheinigen uns nach wie vor hohe Kompetenz. Ein Anspruch allerdings, den unsere Hörer, Zuschauer und Internetnutzer völlig zu Recht für ihre Gebühren an uns stellen dürfen und auch müssen.

Natürlich hat vor allem das Fernsehen seine besondere Bedeutung, wenn es um die Vermittlung von Krisen geht. Kein Medium kann mit seinen Bildern so eindrücklich zeigen, wie eine Krise aussieht, ihr sozusagen ein Gesicht geben. Denken wir nur zurück an die Rücktrittserklärung von Horst Köhler. Hier sprachen die Bilder einfach für sich, ein Präsident, der mit den Tränen und gleichzeitig mit den Worten rang - mit seiner höchst persönlichen Horst-Köhler-Krise, aber gleichzeitig eine Krise auslösend, deren wahre Dimension ihm in dieser Minute vermutlich nicht einmal ansatzweise klar war.

Am Fall Köhler kann man aber auch ziemlich genau durchdeklinieren, was bei einer Krise Ursache und Wirkung ist. Auslöser war ein Hörfunkinterview, das ohne Zweifel missverständlich war. Horst Köhler, nicht irgendein Journalist, war es, der dieses Missverständnis hat entstehen lassen. Freilich löste es eine Dynamik aus, die auch von den Medien wesentlich mitgetragen und befördert wurde. Die Kommentierung war sehr kritisch, aber keineswegs unangemessen, die Politik war es, die die schärfsten Maßstäbe an den Bundespräsidenten anlegte, das wollen wir nicht vergessen. Ein Bundespräsident steht nicht über der Kritik, und wer das nicht aushält oder gar für sich reklamiert –von wegen

Respekt vor dem Amt des Präsidenten-, der ist im Schloss Bellevue fehl am Platz.

Genauso hat uns Rot-Grün vorgehalten, eigentlich seien es die Medien gewesen, die die Schröder-Regierung aus dem Amt geschrieben hätten. Da empfehle ich dringend, was Gerhard Schröder dem Bundespräsidenten intern als Begründung für die Auflösung des Bundestages und die Neuwahlen gesagt hat. Zitat Schröder, verdienstvoll in dieser Woche im SPIEGEL abgedruckt und in deutlichem Gegensatz zu dem, was er öffentlich über seine Beweggründe bekundet hat:

„Diese Beweggründe würden sich von dem in der Öffentlichkeit verlautbarten Grund unterscheiden. Im Bundestag verfüge er über drei Stimmen mehr, als für die Kanzlermehrheit erforderlich seien. Die verlorene Landtagswahl in NRW, auch auch die zuvor verloren gegangenen Landtagswahlen in den anderen Ländern und die knappe Mehrheit führten dazu, dass es ein erhöhtes Erpressungspotential in seiner Fraktion und in der Koalition ihm gegenüber gebe. Seine Regierungsmehrheit sei daher instabil. Zudem nehme die Kritik in der Fraktion an seinem Reformkurs zu“.

So weit das sehr aufschlussreiche Protokoll über dieses vertrauliche Gespräch zwischen dem damaligen Kanzler und dem damaligen Bundespräsidenten Köhler.

Es zeigt nur eines ganz klar:

Rot-Grün war 2005 am Ende, und daran waren nicht die Medien schuld.

Und so wird es auch in Zukunft sein. Wir, die Medien, werden uns auch künftig auf die Krisen stürzen, wir werden sie kritisch begleiten, wir werden sie auch befeuern, ohne Zweifel, wir werden auch davon leben, dass es sie gibt, wir werden gelegentlich über das Ziel hinausschießen, auch das sei eingeräumt, machen werden wir sie freilich auch künftig nicht. Die Medien sind eine durchaus potente Kraft in diesem Land, wir gehören in der Demokratie zu den nicht nur notwendigen Korrektoren der Politik, ungeliebt zwar, aber auch unverzichtbar, und das ist gut so.